

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 1

Artikel: Wer hat Angst vor Michail Gorbatschew? : Vom Gegensatz der westlichen und der osteuropäischen Sicht
Autor: Lendvai, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164425>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Paul Lendvai

Wer hat Angst vor Michail Gorbatschew?

Vom Gegensatz der westlichen und der osteuropäischen Sicht

Trotz des beispiellosen und spektakulären Wachstums der sowjetischen Militärmacht wird das «sowjetische Modell» nicht nur im Westen, sondern auch in Osteuropa gleichgesetzt mit politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Niedergang. Selbst wenn die sowjetische Militärmacht derjenigen der Vereinigten Staaten ebenbürtig — manche sagen sogar: überlegen — sein sollte, halten die Wirtschaft der Sowjetunion, ihre künstlerisch-wissenschaftliche Ausstrahlung und ihre gesellschaftliche Anziehungskraft einem Vergleich mit den modernen westlichen Staaten kaum stand. Nach sechs Jahrzehnten zentraler Planung unterminiert das wirtschaftliche Versagen sogar die Legitimität eines Regimes, das ursprünglich dem marxistischen Prinzip des wirtschaftlichen Determinismus verschrieben war. Trotz ihrer Erfolge beim Erreichen imperialer Grösse fällt die Sowjetunion — und mit ihr mehr oder weniger die ganze «sozialistische Gemeinschaft» — sowohl im Bereich hochentwickelter Technologien als auch in der Lebensqualität immer weiter hinter den Westen zurück. Ausser den Konsumgütern sind hiervon auch Spitäler, Wohnungsbau, Schulen, Gesundheits- und Fürsorgewesen betroffen.

Fügt man all dem noch den Zustand der Menschenrechte hinzu, ist es «kein Zufall» — wie die «*Prawda*» sagen würde —, dass das Image der sowjetischen Gesellschaft nicht anspricht. Die marxistisch-leninistische Ideologie findet nirgends so wenig Anklang wie in Osteuropa. Auf diesem Hintergrund müssen die Public-Relations-Triumphzüge gesehen werden, die Michail Gorbatschew seit seiner Wahl zum Generalsekretär unternommen hat. Ihm ist es gelungen, auf die westliche öffentliche Meinung und auf die Weltpolitik einen Einfluss auszuüben, der die wildesten Erwartungen kommunistischer Propagandisten übertrifft. Das Fernsehen dramatisiert und personalisiert Fragen der West-Ost-Politik — manchmal mit erstaunlichem Widerhall. Gorbatschew scheint der erste Sowjetführer zu sein, der mit dem Fernsehen umzugehen weiss und dessen Macht für den Aufbau seines «jugendlich-dynamischen» Images und für die Übermittlung einer «neuen sowjetischen Botschaft» zu nutzen versteht. Nach drei über längere Zeit amtsunfähigen Vorgängern war der Westen einem Generalsekretär, der aufrecht stehen, sich wirklich bewegen, in Zusammenhängen reden

und sogar lachen kann, eine leichte Beute. Es ist daher begreiflich, dass sich die Medien so ausführlich mit dem Lächeln Michails, der Kleidermode Raissa Maksimovnas und ihren Frisuren sowie dem Tun und Lassen ihrer Tochter und ihrer Enkelin befassen.

«**Nett und human**»

Doch — wie schon oft in der turbulenten Geschichte des Sowjet- und des internationalen Kommunismus — sind es nicht Journalisten oder Kameraleute, sondern führende Politiker und gelehrte Sowjetologen, die für die Produktion und Vermarktung des Mythos verantwortlich sind. So ist für den Labourpolitiker Denis Healey Michail Gorbatschew ein *«Mann von aussergewöhnlichem Charme und einem entspannten, selbstironischen Sinn für Humor. Emotionen huschen über sein Antlitz wie die Sommerbrise über einen Teich»*. Für Healey (wie «für alle, die ihm in Grossbritannien begegneten») liess er nur eine «rätselhafte Frage» offen: *«Wie kann ein Mann, der so wahrhaft nett und human scheint, das Sowjetsystem leiten?»* Die Antwort, so Healey, sei in seiner *«immensen Autorität»* zu finden.

Nicht zurückstehen in der Lobpreisung Gorbatschews möchte der amerikanische Sowjetologe Jerry F. Hough, der ihn einen *«Schachspieler von wirklicher Weltklasse»* nennt, *«von einem Format, wie wir es seit vielen Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben»*. Der Mitarbeiter von *«Foreign Affairs»* nimmt vorweg, *«was unter Gorbatschew geschehen wird und was kommen wird.»* Die neuen, von Gorbatschew unterstützten Männer *«werden industrielles Wachstum und Veränderungen in der Sozialpolitik herbeiführen, so dass die Politik von Gorbatschew und Andropow dem Reaganismus und dem Thatcherismus ähnlich sein wird!»*

Viele Missverständnisse stammen aus dem irreführenden Vokabular, das von einem Teil der Medien und von Akademikern in der Diskussion kommunistischer Angelegenheiten verwendet wird. Ausdrücke wie «Reform», «Friede» oder «Demokratie» haben im kommunistischen (oder sowjetischen) Sprachgebrauch eine andere Bedeutung als im Westen. Selten wird klargestellt, dass beispielsweise «Reform» für alle Kommunistenführer — einschliesslich Ungarns gemässigttem Janos Kádár — systemimmanente Veränderung und keinesfalls eine grundlegende oder irreversible Veränderung bedeutet.

Das Missverständnis

Mit mehr Gewinn ist die nüchterne Analyse zu lesen, die kürzlich von *Janez Stanic*, einem der bedeutendsten Sowjetologen Jugoslawiens, in Zagreb 1985 erschienen ist. Unter dem Titel *«Die Schwachstellen des*

Sozialismus» stellt er in seinem zum Bestseller gewordenen Buch fest, dass trotz geringfügiger Verbesserungen

«keine Veränderungen im politischen und ideologischen System zugelassen wurden. Selbst die rigoroseste Entstalinisierung in der Sowjetunion zu Beginn der sechziger Jahre wurde niemals als Reform des politischen Systems aufgefasst. Obwohl einige Elemente einer solchen Reform sichtbar wurden, so nannte man sie Korrekturen von Irrtümern in einem angeblich perfekten System...»

Stanic erklärt, das *«Grundmissverständnis in allen Diskussionen über das Wesen der Sowjetunion und ähnlicher Demokratien»* liege darin, dass die Sowjetführer Demokratie als das Recht und die Pflicht aller Bürger auffassen, eine Politik zu verwirklichen, die an der Spitze der Pyramide beschlossen wird».

Unter den Voraussetzungen eines solchen Systems wird der Friede als ein dynamisches Konzept gesehen, das weder die Annahme des status quo bedeutet, noch die Stabilität im «imperialistischen Lager» voraussetzt. Das Ausbleiben offener Konflikte ändert nicht die sowjetische Sicht des unerbittlichen Verlaufs der Geschichte zum Sieg des «Sozialismus» über den «Kapitalismus». Kein Generationenwechsel in der herrschenden Bürokratie wird vermutlich das Grundprinzip der sowjetischen Aussenpolitik ändern.

Die Verwirrung, die Fehleinschätzung des Unterschieds zwischen Schatten und Substanz, kann nicht mehr mit Unwissenheit oder mit dem Erfolg sowjetischer Desinformations-Kampagnen erklärt werden. Vieles davon — vor allem in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland — entspricht der Tendenz, die Entwicklung in der kommunistischen Welt durch das Prisma der Innenpolitik zu betrachten. Wie anders lässt sich erklären, dass westliche Sowjetologen, die heute Gorbatschews grossangelegte Strategie fundamentaler Reformen rühmen und die sehen, wie «Licht in die dunkeln Ecken der Sowjetunion» dringt, schon vor fünf Jahren die USA bedrängten, *irgendeiner* Führung «etwas Hoffnung anzubieten», so dass sie eine Politik der Wirtschaftsreform, der Liberalisierung und der Reduktion der Militärausgaben ohne nationale Demütigung verfolgen könne. Wie anders kann man erklären, dass sogar vor den letzten Führungswechseln in Moskau, aber nach der Invasion Afghanistans, weite Teile der europäischen Öffentlichkeit in der Sowjetunion eine geringere Gefahr sahen als in der Perspektive eines Nuklearkriegs, den die waghalsige Politik Präsident Reagans auslösen könne?

Die Faszination westlicher Medien, Dozenten und Politiker durch Gorbatschews Persönlichkeit und seine Prioritäten gibt dem neue Nahrung,

was Arthur Koestler einst den «Trugschluss falscher Symmetrie» zwischen einem demokratischen, unvollkommenen Westen, und einem totalitären Osten nannte.

Gewiss mag die neue Sowjetführung angesichts der schmerzlichen Wahl zwischen weltweiten Ambitionen und nationalen Bedürfnissen Interesse an einer Verringerung der internationalen Spannungen haben und eine Beruhigung an der westlichen wie auch an der chinesischen Flanke, eine Erneuerung des Kreditflusses und den Zugang zur westlichen Technologie anstreben.

Nun ist es aber so, dass beide Extreme der westlichen, vor allem der amerikanischen Politik gegenüber dem Sowjetblock zwischen Vertrauen in das «Zuckerbrot» der permissiven Handels- und Kreditpolitik, gekoppelt mit einseitigen politischen Konzessionen, und Vertrauen auf die «Peitsche» der Drohungen, Sanktionen und Beschimpfungen auf dem gleichen Missverständnis hinsichtlich Struktur und Funktionsweise der Systeme sowjetischer Prägung beruhen. Die Sowjetunion ist nicht wie irgendein anderer ausländischer Staat. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus mag irrelevant sein — sie bleibt trotzdem die Rechtfertigung, die Legitimität der Partei-Bürokratie, der als «Internationalismus» verkleideten Sowjetherrschaft über andere Völker und der Expansion seiner Machtsphäre als Resultat der «Gesetze des weltweiten Klassenkampfes».

Was kann der Westen bewirken?

Die Nachkriegsgeschichte hat erwiesen, dass der Westen keine Liberalisierungs- oder Emanzipationsprozesse im Sowjetblock herbeiführen kann. Vom Bruch zwischen Tito und Stalin im Jahre 1948 zu Chruschtschews Entstalinisierungskampagne und zum Ungarn-Aufstand 1956; vom «Prager Frühling» und dem darauffolgenden sowjetischen Einmarsch 1968 bis zum Entstehen der polnischen «Solidarität» 1980 wurde keiner der Aufstände, die das Sowjetsystem erschütterten, von westlichen Politikern ausgelöst — und in den meisten Fällen auch nicht von Kremlkennern vorausgesehen. Der Westen kann nur positive Entwicklungen ermutigen, sein Verhandlungspotential zu nutzen, um expansionistisches Verhalten zu entmutigen, und wirtschaftliche Zugeständnisse für ein konkretes Ziel zu verwenden, zum Beispiel auf humanitärem Gebiet.

Die Bilanz der Gorbatschew-Ära führt zum Schluss, dass es nicht nur naiv, sondern gefährlich wäre anzunehmen, dass der auf obersten und mittleren Stufen der Partei- und Staatshierarchie erfolgte Generationenwechsel einen Liberalisierungseffekt auslöst. Ebensowenig sollte das höhere

Niveau der Ausbildung, der Flexibilität — wenn nicht des Zynismus — der politischen Eliten automatisch mit einem Engagement für eine reformistische und liberale Politik gleichgesetzt werden. Tatsächlich erfolgt ein dramatischer öffentlicher Bruch mit der Immobilität der Vergangenheit. Doch blicken wir zurück! Sonderfälle wie Andropow und Tschernenkow ausgenommen, rechnet man gewöhnlich damit, dass von den früheren Generalsekretären, d. h. Stalin, Chruschtschew und Breschnew, die insgesamt 60 Jahre am Ruder waren, jeder mindestens fünf Jahre brauchte, um seine gefährlichsten Rivalen auszuschalten und um seinen Herrschaftsanspruch sicherzustellen. Kein Vorgänger des jetzigen Sowjetführers war jemals in der Lage, derart entscheidende Änderungen auf den obersten Stufen so rasch durchzuführen und die Neuverteilung der Entscheidungsgewalten in Moskaus Zentrum der regierenden Oligarchie so rücksichtslos durchzuführen wie Gorbatschew.

«Eiserne Zähne»

Schon sechs Wochen nach seiner Wahl zum Generalsekretär, im März 1985, brachte Gorbatschew auf einen Schlag drei neue Mitglieder in das zwölköpfige Politbüro. Im Mai warnte er in einer Rede: *«Jene, die sich nicht anzupassen gewillt sind und die diese neue Aufgabe behindern wollen, müssen den Platz räumen und dürfen uns kein Hindernis sein. Wir können die Interessen eines einzelnen nicht höher stellen als die Interessen der ganzen Gesellschaft.»*

Im Juli rollten die ersten Köpfe, und bis zum Jahresende wurden vier stimmberechtigte Mitglieder der Parteispitze — Sekretär des Zentralkomitees Romanow, Premier Tikhonow und der Moskauer Parteipräsident Grischin — verabschiedet oder wie Aussenminister Gromyko — durch Beförderung in das dekorative Amt des Staatspräsidenten kaltgestellt. Die ausgedehnten persönlichen Umbesetzungen betrafen Hunderte von Inhabern von Schlüsselstellungen in der Zentrale wie auf dem Lande, in der Partei, der Staats- und Militärhierarchie; ihnen folgten Tausende, wenn nicht Zehntausende von Umbesetzungen auf höheren und mittleren Stufen.

Kurz: eine massive, von oben gesteuerte Säuberung wird als Anlass von Beförderungen benützt, für eine Attacke auf Ineffizienz, Faulenzerei, Vetternwirtschaft und Korruption. Einst mächtige Amtsinhaber — von Admiral Gorschkow, dem Architekten der Sowjetflotte, bis zu Grischin, dem Moskauer Parteichef, vom Spitzenplaner bis zu zahlreichen Ministern und Regionalsekretären —, wurden zwar nicht öffentlich angegriffen, erhielten aber auch keinen Dank für geleistete Dienste. Die Gesetze der Biologie haben die unblutige Ablösung der Alten Garde begünstigt. War Bre-

schnew das Symbol der zur Stagnation neigenden Stabilität, so setzt Gorbatschew alles daran, jugendliche Dynamik auszustrahlen, ein Image, zu dem als Schutzmechanismus gegen mögliche Unruhen die verstärkte Betonung der Disziplin gehört.

Der Stil der Änderungen scheint Gromykos oft zitierte Bemerkung aus der Rede, in der er die Wahl Gorbatschews ins Zentralkomitee empfahl, zu bestätigen (in der offiziellen Version der Monatsschrift *«Kommunist»* wurde sie allerdings weggelassen): «Er hat ein angenehmes Lächeln, aber er hat eiserne Zähne.»

Obschon der Generalsekretär noch einen langen Weg vor sich hat, und obwohl Neugruppierungen, Spaltungen innerhalb der herrschenden Gruppe nie ausgeschlossen werden können, so spricht doch der rasche Aufstieg, der Führungsstil dafür, dass dieser aus bäuerlichen Verhältnissen stammende Mann aus dem Kaukasus zum mächtigsten Sowjetführer seit Stalin aufsteigen könnte.

Die Sorge der Osteuropäer

Osteuropäische Beobachter sehen die sogenannte «Gorbatschew-Strategie» ganz anders als es im Westen üblich ist. Sie sind über die Art, in welcher die Führung einer komplizierten Gesellschaft Modernisierung auferlegen will, ohne die alten Strukturen tiefgreifend zu ändern, skeptisch. Nach westlichen Berichten wurde Gorbatschews Wahl «von beinahe der ganzen politischen Elite Osteuropas, mit Ausnahme der traditionellen ideologischen Reaktionäre» mit grosser Begeisterung aufgenommen. Da ich in Prag war, als Breschnews Tod bekanntgegeben wurde, und zweieinhalb Jahre später in Budapest, als Tschernenkows Tod und die Wahl Gorbatschews verkündet wurden, würde ich keine solche Behauptungen wagen. Gemäss einigen unveröffentlichten Umfragen neigt die öffentliche Meinung in Osteuropa dazu, auf einen Führungswechsel im Zentrum des Imperiums mit einer Mischung von tief eingewurzelter Unsicherheit und vager Hoffnung zu reagieren, mit instinktiver Furcht vor dem Unbekannten und vor dessen möglichen Auswirkungen. Nach meinem eigenen Eindruck herrscht eine Haltung des Abwartens und der Erleichterung darüber, dass weder Grischin noch Romanow das Rennen gewonnen hat. Doch auch ohne übertriebene Erwartungen mag in Ungarn der reformistische Kern in der Führung und in der Technokraten-Elite Gorbatschews Wahl begrüsst haben. Auch die Befürworter viel eingeschränkterer Experimente in der DDR und in Bulgarien seufzten erleichtert auf, als zu guter Letzt ein dynamischerer Vertreter einer neuen Generation von Sowjetführern gewählt wurde.

Doch inzwischen hat sich in Osteuropa ein subtiler Gesinnungswandel angebahnt. Meine eigenen Besuche in Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien sowie zahlreiche Gespräche mit sowjetischen, deutschen und bulgarischen Besuchern im Westen ergaben, dass Angst und Abwehr gegen Gorbatschews den ganzen Block umfassende Disziplinarkampagne und deren Auswirkungen zunehmen.

Die neuen Spannungen, die aus den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten hervorgehen und die zukünftige Auswirkung eines selbstbewussten und dynamischen Zentrums, können noch nicht eingeschätzt werden. Wir wissen jedoch, dass die Konsequenzen explosiv und kompliziert sind. Es handelt sich dabei um die gefürchteten Auswirkungen einer neuen taktischen Linie im Rahmen der alten Strategie, welche die *Illusion* einer echten *Entspannung* im Westen mit der *Realität* der Hegemonie im Osten verbindet.

Zweigleisige Aussenpolitik

Die Sowjets sind in ihrem Bestreben, die westliche Einheit zu untergraben, ohne den Zusammenhalt ihrer unmittelbaren Machtsphäre aufs Spiel zu setzen, bei den osteuropäischen Gesellschaften auf mehr Schwierigkeiten gestossen als bei westlichen Regierungen. Daher der Dualismus in der sowjetischen Aussenpolitik; begrenzte Verständigung mit dem Westen bei Intensivierung der Kontrolle über Osteuropa.

Das Streben der Sowjetunion nach einer optimalen Zentralisierung der Entscheidungsbildung in Moskau und dem Optimum an eigener Autonomie, führte oft zu einem Teufelskreis, in welchem Druck und Gegenruck Aufstände bewirkten, die man einst noch für «undenkbar» hielt. Einsatz oder Androhung sowjetischer Militärgewalt ermöglichte dem Zentrum gleichzeitig, gewisse Abweichungen zu tolerieren oder einen überraschenden Grad an Flexibilität und Subtilität an den Tag zu legen (beispielsweise von 1980—1982 in Polen).

Doch blieben die abhängigen kommunistischen Staaten Osteuropas sowohl als Aktivposten als auch als Schwachstellen die Hauptsorge der Sowjetführung. Die lebenswichtige Bedeutung der Blockzugehörigkeit wurde von Gorbatschew in seiner ersten politischen Stellungnahme anlässlich der Plenarsitzung nach seiner Ernennung zum Generalsekretär bekräftigt. Eine bisher unerreichte Anzahl von Warschau-Pakt-Gipfeltreffen, zwei Comecon-Konferenzen auf Ministerpräsidentenebene, bilaterale Konsultationen zwischen Gorbatschew und den Führern aller osteuropäischen Länder (mit Ausnahme von Rumäniens Ceausescu)

und verschiedene Zusammenkünfte für Wirtschaft, Ideologie, Propaganda und auswärtige Angelegenheiten — alle fanden zwischen April und Dezember 1985 statt — machten deutlich, dass die lange Periode des «Gewährenlassens» unter einer schwachen oder passiven Führung im Kreml vorbei ist.

Neuerdings sind es Moskaus wechselnde Kriterien für die Bestimmung dessen, was für die sowjetischen Sicherheitsinteressen wesentlich ist, die darüber entscheiden, wie weit und wie rasch eine herrschende Partei innerhalb des Blocks den Weg des wirtschaftlichen und politischen Experimentierens — sogar einschliesslich beschränkter Öffnungen nach Westen — beschreiten darf. Aus diesem Grund erhöht die erneute Geltendmachung der sowjetischen Grossmachtinteressen die Risiken. Gleichzeitig engt sie die Optionen ein, die den herrschenden Bürokratien zur Aufrechterhaltung der Stabilität in einer schwierigen Zeit zur Verfügung stehen. So kann die Strategie Gorbatschews für die Regierenden der Satellitenstaaten potentiell die gefährlichste Herausforderung seit Stalins Tod werden.

Ein Modell an Stabilität

Trotz enormer wirtschaftlicher und sozialer Probleme stellt das Sowjetsystem im Vergleich zu den Regimes Osteuropas ein Modell an Stabilität dar. In der Sowjetunion hat sich die Partei erfolgreich mit der Verfolgung imperialer Grösse und mit russischem Patriotismus und Nationalstolz identifiziert, wenn auch auf Kosten ethnischer Spannungen in den nicht-russischen Regionen. Aber die oft bagatellierte Tatsache ist, dass der Kommunismus in Zentral- und Osteuropa (ausgenommen Jugoslawien und Albanien) nicht ein nationales, sondern ein künstliches, von einer fremden Macht auferlegtes System ist.

Die politische Grundrealität der achtziger Jahre, welche weder Stimmungsänderungen noch taktische Konzessionen trüben konnten, ist eine sowjetische Militärpräsenz, die im Westen bis zur Elbe reicht, und die Aufrechterhaltung des Status besetzter Länder (40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg) von vier der sechs Warschau-Pakt-Partner, mit Bulgarien als fünftem, die totaler sowjetischer militärischer und politischer Beherrschung unterliegen. Bei aller Verschiedenartigkeit in der internationalen Politik und dem enormen Unterschied zwischen der Atmosphäre in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen bleibt die sowjetische Militärmacht nach wie vor der letzte Garant der Existenz der osteuropäischen kommunistischen Systeme.

Eine realistische westliche Politik muss immer darauf achten, was sich innerhalb des Ostblocks und der Systeme *nicht* geändert hat. Nehmen wir

als Beispiel Ungarn. Trotz seiner kühnen wirtschaftlichen Experimente, einer gemässigten Innenpolitik und relativer Bewegungsfreiheit, ist sein politischer Mechanismus immer noch wesentlich der gleiche wie in allen andern Staaten des Blocks. Trotz Freizügigkeit in der Kultur und bei den Medien, nebst einer freimütigen Diskussion von Themen, die einst tabu waren, besteht die herrschende Partei nach wie vor auf ihrem Monopol an Macht und Wahrheit. Es fehlt ihr immer noch die Legitimität; ihr Überleben beruht letztendlich auf der Angst vor sowjetischer Intervention.

Manches deutet darauf hin, dass die Konflikte zwischen äusseren Zwängen und politischen sowie wirtschaftlichen Aspirationen sich eher verschärfen. Die Sowjetführer haben klargemacht, dass *«das gemeinsame Interesse eine Vertiefung der Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft, Ideologie und um jeden Preis auf einem Gebiet wie der Verteidigung gebietet»*. (Politbüromitglied und Sekretär des Zentralkomitees Yegor Ligatschew.) Der gleiche stellte in einer anderen Rede klar, dass jegliche Änderung nur *«innerhalb des Rahmens des wissenschaftlichen Sozialismus und ohne Verlagerung hin zur Marktwirtschaft oder zum privaten Unternehmertum»* erfolgen könne.

Was zählt, ist die generelle Einstellung gegenüber der Straffung der Kontrolle und Koordination, und zwar nicht nur im militärischen, sondern auch im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Der Vorstoss zu vermehrter Koordination auf dem Gebiet der Wirtschaftsaussenpolitik hat sich sowohl in bilateralen Beziehungen bemerkbar gemacht — d.h. zwischen dem sowjetischen Hegemoniezentrum und jedem einzelnen abhängigen Staat — als auch im multilateralen Rahmen. Gorbatschew hat den Regierenden des Ostblocks klargemacht, *«sozialistischer Internationalismus»* bedeute, dass *«Bruderstaaten sich über wichtigere Anliegen einstimmig äussern sollten»*. Die kleinen Staaten können keine unabhängige Rolle spielen; es würde *«Verwirrung und Missverständnisse säen, aber auch Fehlkalkulationen in den Auffassungen der imperialistischen Führer»*. (Ein hoher Sowjetfunktionär im Gespräch mit dem Verfasser.)

Krisenbewältigung

Trotz der schwerwiegenden Auswirkungen der Krise Polens darf man davon ausgehen, dass Gorbatschew mit den zentrifugalen Tendenzen innerhalb des Blocks besser umzugehen versteht, als dies in einigen westlichen Studien angenommen wurde. Dies die sowjetische Sicht:

- a) Es gibt keine koordinierte westliche Allianz, ja nicht einmal eine US-Strategie gegenüber der Sowjetunion und ihrem Imperium;

- b) Die Reaktion der Westeuropäer nach dem scharfen Durchgreifen in Polen und die wiederholte Uneinigkeit der Allianz betreffend Sanktionen beweisen, dass der westeuropäische Wunsch nach Gespräch (und Geschäft) immer stärker sein wird als der Wunsch, die Aggression gegen von der Sowjetunion beherrschte Länder zu bestrafen;
- c) Das Ergebnis der politischen Krise war bisher ein bedeutender Erfolg, wobei die von General Jaruzelsky aufgezwungene Militärherrschaft zusammen mit der sowjetischen Invasionsdrohung den Kollaps des Systems ohne den Einsatz von Gewalt abgewendet hat;
- d) Im Gegensatz zu den frühen siebziger Jahren ist der Zusammenhalt der sowjetischen Machtsphäre in Europa nicht mehr durch die aktivistische Politik Jugoslawiens und Rumäniens bedroht. Aus mehreren Gründen (Wirtschaftskrise, nationale Spannungen, Menschenrechtsverletzungen, der Tod Titos und der bizarre Personenkult Ceausescus usw.) haben beide Länder ihre einstige Anziehungskraft für die abhängigen Staaten verloren.

Wie steht es um die Nachfolge an der Spitze?

Die Nachfolger

Die Verjüngung im Kreml hat eine neue Situation geschaffen. Sicher ist, dass die Veränderungen in Moskau schon den Machtkampf in Ungarn, Ostdeutschland, Bulgarien und der Tschechoslowakei angeheizt haben. Der ungarische Generalsekretär Janos Kádár wird im Mai 74; Todor Schi-koff, der bulgarische Präsident und Parteichef, wird im September 75. Erich Honecker und Gustav Husak sind 73.

Daher werden vermutlich in diesen vier Ländern in den nächsten Jahren neue Führer auftreten, deren Zielsetzungen, Fähigkeiten und persönlicher Stil noch unbekannt sind. Mit einer relativ jungen Führungsequipe in Moskau sind Gorbatschew und seine nächsten Mitarbeiter überzeugt, angesichts mangelnder institutionalisierter Mechanismen für die Machtübergabe entscheidend mitzureden. Dies bedeutet, dass der Nachfolgeprozess durch den ganzen Ostblock hindurch politische Gefahren erzeugen wird, was zu einer Verstärkung von Moskaus Kontrolle führt.

Die Rolle der Persönlichkeiten darf nicht unterschätzt werden. Der relative Erfolg des ungarischen Regimes, aber auch die schwerwiegenden Rückschläge in der rumänischen Aussen- und Innenpolitik der achtziger Jahre, sind grössenteils dem Unterschied in Führungsqualitäten und Führungsstil zwischen Janos Kádár und Nicolae Ceausescu zuzuschreiben. Die Frage der Nachfolge ist überall offen. Dies bedeutet auch das bevor-

stehende Ende einer bisher noch nie dagewesenen Führungskontinuität in den meisten abhängigen Staaten. Kádár beherrscht die ungarische Politik seit 1956; Schikoff ist nominell seit 1954 und de facto seit 1962 Bulgariens starker Mann; seit 1971 ist Honecker Nummer Eins in Ostdeutschland. Obwohl die Machtposition von Husak in Prag nicht mit jener seiner Kollegen verglichen werden kann, so war er doch — seit 1969 als Parteichef und seit 1975 als Präsident — die Schlüsselfigur innerhalb einer eigentümlichen «kollektiven Führerschaft», und sein Abgang von der politischen Szene wird unweigerlich parteiinterne Machtkämpfe auslösen.

Ein rascher und massiver Führungswechsel in Osteuropa zu eben dem Zeitpunkt, in welchem Gorbatschew eine wuchtige Offensive zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration des Blockes startet, ist ein gefahrvoller Prozess. Eine Reihe bilateraler Abkommen und ein umfassendes, an einem ausserordentlichen Gipfeltreffen im Dezember 1985 in Moskau genehmigtes Programm sehen eine intensivierete Zusammenarbeit bis zum Jahr 2000 auf den Gebieten Elektronik, Automation, Kernenergie, neue Technologien und Biotechnologie vor. Der Entwurf sieht eine beschleunigte Integration jeder osteuropäischen Wirtschaft in die eher rückständige und (wenigstens vorläufig) nicht-reformierte Wirtschaft der Hegemonialmacht vor. Gorbatschew und die neuen Männer in seinem Umfeld sind entschlossen, die entscheidungsbildenden Funktionen und die integrative Kompetenz der Comecon-Gruppe zu stärken.

Integration und Alltag

Dies sind schicksalhafte Entscheidungen, die früher oder später in den Lebensalltag von über 110 Millionen Menschen in den sechs kleineren Warschau-Pakt-Staaten eingreifen. Die meisten von Moskau auferlegten Prioritäten hatten viel Unheil angerichtet. So kamen Besuchern Ungarns und Bulgariens haarsträubende Geschichten zu Ohren über den Zusammenbruch des Stromversorgungsnetzes des Ostblocks während des Katastrophen-Winters von 1984/1985, über die durch plötzliche Zusammenbrüche und drastische Reduktionen in sowjetischen Öl- und Gaslieferungen erfolgte Stromknappheit, über bittere Streitereien wegen «Energiediebstählen» in Krisensituationen durch Tschechen und Rumänen zum Nachteil der Ungarn, Bulgaren und, im Falle des gemeinsamen Donau-Elektrizitäts-Komplexes «Eisernes Tor», auch der Jugoslawen.

In den siebziger Jahren mögen die osteuropäischen Länder, statt ein Aktivposten zu sein, an den sowjetischen Ressourcen gezehrt haben, infolge der Inter-Comecon-Preisreglementierung, unter welcher sie für das Sowjetöl Preise unter denjenigen des Weltmarktes zahlten und angeblich

für minderwertige Maschinen und Produkte überzahlt wurden. Unter den Bedingungen einer alldurchdringenden Geheimhaltung und eines verzerrenden Preissystems ist es schwierig festzustellen, wer im Handel zwischen Comecon-Staaten wen ausbeutet. Jedenfalls haben sich die Wirtschaftsbedingungen in den achtziger Jahren dramatisch gewandelt — zugunsten der Sowjetunion.

Tocquevilles Beobachtung bleibt gültig, dass *«man in der Politik die gleiche Art des Argumentierens verwenden muss wie im Krieg und nie vergessen soll, dass die Auswirkungen der Ereignisse weniger von diesen selbst abhängen als vom Eindruck, den sie vermitteln . . .»*

Noch so viele Statistiken könnten den Durchschnittsbürger osteuropäischer Länder nicht von den Vorteilen des Handels mit der Sowjetunion überzeugen, ebensowenig wie von der Überlegenheit der Systeme sowjetischer Prägung. Während die Russen mehr oder weniger bereit sein mögen, den Preis für die imperiale Grösse zu bezahlen, muss in den Augen der Ungarn, Polen, Ostdeutschen und Tschechen die Anpassung an das Sowjetmodell und dessen Prioritäten, die Bürde globaler Expansion und die Kosten für die Unterstützung von Drittweltverbündeten als Hauptursachen für das Absinken oder zumindest das Stagnieren ihres Lebensstandards gelten.

Explosionsgefahren

Da die eigenen Ressourcen und Arbeitsreserven erschöpft sind, die sowjetische Energielieferungen eingeschränkt oder prohibitiv teuer wurden und die westlichen Kredite austrockneten, sieht die Zukunft für diese Staaten düster aus. Chronische wirtschaftliche Schwierigkeiten erschüttern die Glaubwürdigkeit von «zukunftsorientierten» Systemen, welche nur «vorübergehende Irrtümer» begehen können.

Sind sich die mit dem Block-Management Beauftragten im Kreml der Tatsache bewusst, dass Ostdeutsche, Ungarn und Polen sich gegen Bedingungen auflehnten, die denjenigen der Sowjetunion überlegen waren (und noch sind)? So war 1980 zum Beispiel der Fleischkonsum pro Kopf in Polen mindestens um ein Drittel höher als für die Sowjetunion. Selbst die *«Prawda»* pries kürzlich die Ungarn wegen ihrer Pro-Kopf-Fleischproduktion von etwa 150 kg, wobei sie natürlich zu erwähnen vergass, dass diese beinahe das Dreifache der vergleichbaren Zahl der Sowjetunion darstellte.

Aber die Osteuropäer vergleichen ihren Lebensstandard nicht mit demjenigen von Stawropol, Swedlows oder sogar Moskau. Für sie ist der Massstab der Vergleich mit Österreich oder Westdeutschland. Es besteht eine überwältigende statistische und sichtbare Evidenz, dass sich die Lücke

zwischen den relativ erfolgreichsten Satellitenstaaten, d. h. Ostdeutschland und Ungarn einerseits und deren Nachbarn Westdeutschland und Österreich andererseits, wesentlich erweitert hat.

Das Versagen dieser Regime muss auf dem Hintergrund der Nachfolgeneration der Ostblockländer gesehen werden, mit deren unterschiedlichen politischen Erfahrungen, kulturellen Werten, sich wandelndem Lebensstil und dem Gefühl zunehmender gesellschaftlicher Desorientierung. Die Enttäuschung und Entfremdung der Jugend und der Intelligenzija wird verstärkt durch stark zunehmende touristische, kulturelle und wirtschaftliche Kontakte mit dem Westen. Die Revolution auf audiovisuellem Gebiet, in der Kommunikation, bei internationalen Radiosendungen in osteuropäischen Sprachen, Nachrichten und Feature-Fernsehstrahlungen während internationalen und nationalen Krisen aus Westdeutschland und Österreich sowie der Videoboom schaffen den Führern Glaubwürdigkeitskrisen.

Für die herrschenden Gruppen, die einem Druck von unten und von aussen ausgesetzt sind, erweist sich die Gorbatschew-Ära als ausserordentlich kompliziert und riskant. Sie müssen als Verteidiger und Verfechter greifbarer nationaler Interessen auftreten, um ein Minimum an Akzeptanz zu erreichen und um in einer kritischen Zeit den inneren Zusammenhalt zu stärken. Gleichzeitig müssen sie sich alle, die alternden Nummern Eins und die Nachfolgekandidaten, das Vertrauen ihrer Beschützer im Kreml erhalten. Darin liegt ihr Grunddilemma, wobei an Edmund Burkes Erkenntnisse zu denken ist, dass *«die meisten politischen Entscheidungen eine Wahl darstellen zwischen dem Unangenehmen und dem Unerträglichen»*.

Im Gegensatz zu weitverbreiteten Spekulationen im Westen ist es nicht die Bemühung um die interne Modernisierung, gekoppelt mit begrenzten Experimenten, sondern vielmehr die bestimmte und koordinierte Blockstrategie unter Gorbatschew, welche zu einem kurz- und mittelfristigen Anstoss im inneren Kern der sowjetischen Machtsphäre führen könnte.

Die Strohhalme im Wind versprechen nicht allzuviel. In der Zusammenkunft der Premierminister und hochstehender Beamter der Comecon-Mitgliedstaaten (so auch von Kuba, Vietnam und der Mongolei und dazugehöriger überseeischer abhängiger Gebiete) im Dezember 1985, warnte Gorbatschew, dass die Sowjetpartei den Einsatz des Integrationsprogramms als eine *«politische Aufgabe von allergrösster Bedeutung»* für die nächsten 15 Jahre betrachte, damit der Block *«technologische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit gegenüber Druck und Erpressung seitens des Imperialismus»* erreichen könne. Mit anderen Worten, die Führung Gorbatschew betrachtet die zunehmende finanzielle und technologische Abhängigkeit der kleineren Staaten vom Westen als eine ernste mögliche

Bedrohung für den Zusammenhalt des Blocks und dadurch für die Kontrolle von oben.

Alle westlichen Kalkulationen stimmen überein, dass die von den meisten kleineren Warschau-Pakt-Staaten zu entrichtenden Pro-Kopf-Verteidigungsausgaben fünf- bis zehnmals geringer sind als die entsprechenden Zahlen für die Sowjetunion. Andererseits auferlegt die Gefahr von Unruhen in diesen abhängigen Staaten weiteren Belastungen durch Verteidigungsausgaben bestimmte Grenzen. Die gleichen Überlegungen gelten für das Problem der Blockhilfe an überseeische und entlegene Bruderstaaten und radikale Drittweltstaaten, wobei die Sowjetunion bisher 80 Prozent und Ostdeutschland bisher 10 Prozent der Gesamtkosten übernommen haben.

In welchem Ausmass ist die Politik der harten Linie vereinbar mit der politischen und sozialen Stabilität und wirtschaftlicher Lebensfähigkeit der osteuropäischen Länder? Im Rückblick kann die Unbeweglichkeit der schwachen und kränkelnden Kreml-Führer sich für die Herrschenden und Beherrschten in den Satellitenstaaten als Segen erweisen, verglichen mit den unvorhersehbaren Konsequenzen der dynamischen Gangart Gorbatschews in den blockinternen Angelegenheiten.

Das Tempo der Umwälzungen und Modernisierungen sowohl in der Innenpolitik als auch im Block-Management zeigt an, dass sich Gorbatschew stark genug fühlt, um die Option des Sich-Durch-Wurstelns zwischen Stagnation und Aufruhr zu verwerfen. Jedoch nicht in Russland selbst, sondern innerhalb eines unruhigen Imperiums könnten Fehlkalkulationen den angesammelten Zunder in Brand setzen. Trotz der verbesserten Maschinerie imperialer Kontrolle können neue Aufstände in diesem Teil der Welt nicht ausgeschlossen werden. Dies ist der wahre Grund, warum viele nachdenkliche Osteuropäer vor dem gleichen Mann Angst haben, in den so manche im Westen ihre Hoffnungen setzen.